



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Klaus Kirchmayr, Grüne Fraktion: Radonbelastung an Baselbieter Schulen**

Autor/in: [Klaus Kirchmayr](#)

Mitunterzeichnet von: Bänziger, Beeler, Frommherz, Göschke, Martin, Reber, Schoch, Trinkler, Wiedemann

Eingereicht am: 24. Juni 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Radon ist ein radioaktives Edelgas natürlichen Ursprungs. Es ist das Zerfallsprodukt von Radium, das im Erdboden vorkommt. Radon kann vom Bauuntergrund her in das Hausinnere eindringen und sich dort anreichern. Je grösser die Bodendurchlässigkeit ist, desto grösser wird die Wahrscheinlichkeit eines Radonproblems. Beim Einatmen führen seine Folgeprodukte zu einer Lungenbestrahlung und damit zu einem erhöhten Lungenkrebsrisiko. Jährlich sterben 200-300 Personen an den Folgen von Lungenkrebs, der durch Radon in Wohnräumen hervorgerufen wurde. Nach dem Rauchen ist Radon somit die häufigste Ursache für Lungenkrebs.

Das Amt für Verbraucherschutz (AVS) des Kantons Aargau hat im Winter 2009/2010 umfangreiche Radonmessungen an den Aargauer Schulen durchgeführt. Die Resultate überraschten selbst die Experten: 48 Gebäude in 38 Gemeinden müssen saniert werden. Total liegen Schulräume in rund 120 Gemeinden über dem von der WHO empfohlenen Grenzwert.

Die Messungen fanden während drei Monaten in rund 600 Schulen und Kindergärten statt. Über 1000 Gebäude wurden auf Radon geprüft, mit sogenannten Radondosimetern. Die Daten wurden ausgewertet und zeigen nun, dass die Belastung in den Schulen im Aargau deutlich höher ist als erwartet. Dabei wurde der Kanton Aargau vom Bund als Pilotkanton ausgewählt, weil er radonmässig nicht sonderlich belastet ist, sondern lediglich als durchschnittlich belastet gilt.

Die Resultate aus unserem Nachbarkanton stimmen nachdenklich und werfen die Frage nach der Situation und allfälligen Massnahmen bei uns im Kanton Baselland auf.

Der Regierungsrat wird gebeten die Radonbelastung an den Baselbieter Schulen zu prüfen und allfällig notwendige Massnahmen einzuleiten.